

Bierstädter Zeitung

Amts-Blatt

Zugleich

Anzeiger für das blaue Ländchen.

(Umfassend die Ortshaften: Auringen, Breckenheim, Delfenheim,

Biedenbergen, Erbenheim, Fehloch, Jagtadt, Kloppeheim, Massenheim, Medenbach, Naurod, Nordenstadt, Rambach, Sonnenberg, Wallau, Wildsachsen.)

Jernruf 2027.

Redaktion und Geschäftsstelle Bierstadt, Ecke Moritz- und Röderstraße.

Jernruf 2027.

Redaktion, Druck und Verlag i. V.: Friedrich Stein in Bierstadt.

Der Anzeigenpreis beträgt: für die Kleinspaltige
Petitzeile oder deren Raum 15 Pfg. Kolumnen
und Anzeigen im amtlichen Teil werden pro
Zeile mit 30 Pfg. berechnet. Eingetragen in
der Postzeitungsliste unter Nr. 1110 a.

Nr. 160.

Dienstag, den 13. Juli 1915.

15. Jahrgang

Rumäniens Schicksalsstunde.

Unter dieser Überschrift bringt die „Frankf. Ztg.“ einen hervorragenden Artikel, von dem man wohl annehmen darf, daß er den Ansichten der Reichsregierung entspricht. Das Blatt schreibt:

Rumäniens Auffassung seiner Neutralitätspflicht ist seit Kriegsbeginn nicht immer die gleiche gewesen. Man hat den Eindruck, daß sie nicht stets ausdrücklich von völkerrechtlichen Grundsätzen oder von den Interessen des Landes eingegeben war. Neuerdings gestattet die Regierung die Ausfuhr größerer Quantitäten Getreide und Petroleum, die zuvor verboten war. Die angesammelten Vorräte drohen zu verderben und das Petroleum wiedereroberten Gallizien machte dem rumänischen Öl den deutschen Markt freitig. Rumänien bezieht jedoch auf dem Verbot der Waffen- und Munitionsdurchfuhr. Dadurch nimmt die Möglichkeit ein Gesicht an, daß eine kurze Beleuchtung

Rumänien unterliegt nicht mehr einem unmittelbaren völkerrechtswidrigen Druck durch den russischen Nachbar, sondern infolge des zeitweiligen Vorrückens der russischen Armee in Galizien seinerzeit geltend gemacht haben mag. In diesem Kriege gibt es jedenfalls keine moralische Gefahr mehr für Rumänien, aber auch in den kommenden Jahrzehnten wird das geschwächte Rußland eine aktive Balkanpolitik nicht denken können. Befürchtet Rumänien volle Freiheit des Handels, dann kann sein eigenes wohl- oder mißverständenes Interesse die Aufrechterhaltung des Durchfuhrverbots bestimmen. Es wünscht also, die Türkei zu schwächen, und Angriffe gegen die Meerenge zu unterstützen.

Der Artikel beschäftigt sich sodann mit der Bedeutung der Dardanellen und es wird dabei gesagt, daß England Frankreich Rumänien wie den anderen Balkanstaaten Zusicherung gegeben haben sollen, die Meerengen zu internationalisieren und die Durchfuhr jeder-zeit zu gestatten. Das wäre ein Zustand, der, genau betrachtet, mit Rumäniens Interessen im Einklang wäre. Wir wissen aber andererseits ebenso genau, daß die russische wie französische offizielle Rundgebungen dies ausdrücklich bestritten, daß Rußland von seinen Verbündeten der territoriale Besitz Konstantinopels und der Meerenge fest zugesichert worden. Dieses Versprechen bildet sogar das hauptsächlichste Band, das Rußland heute noch an die Bundesgenossen fesselt und zur Fortsetzung des ausschließlichen Besitzes veranlaßt. Endlich ist uns bekannt, daß nach den Verhandlungen des Dreierbundes, die den Dardanellen unmittelbar vorliegenden Inseln in englischem Besitz verbleiben sollten. Durch den territorialen Besitz Konstantinopels und der Meerengen wäre Rußland unumwundelter Herrscher des Schwarzen Meeres. Die Folge wäre, daß die kleinen Weststaaten an Satrapien des Moskows herabsinken, mögen sie den äußeren Schein der Selbständigkeit bewahren oder nicht.

Wegen dieser Gefahr ist Rumänien in der Vergangenheit durch das Vertragsverhältnis zwischen Deutschland und Österreich geschützt gewesen. Es ist kein Zweifel zu machen, daß die Zentralmächte, deren Bündnistreue als ein vorläufiges Moment von Erz in der Geschichte fortwirkt, ihre Verpflichtungen aus dem Vertrage mit Rumänien keinesfalls vernachlässigt hätten. Aber Rumänien hat in diesem Kriege den Casus foederis nicht herbeigeführt, es schädigt durch seine Auslegung der Neutralitätspflichten direkt den dritten Bundesgenossen der Zentralmächte, die Türkei. Deutschland und Österreich haben dadurch die Freiheit der Entschlebung erlangt, ob sie sich an die Verhandlungen mit Rumänien gebunden erachten wollen oder nicht. Ihr Interesse an der ferneren Selbständigkeit Rumäniens, das im Vertrag zurunde lag, besteht weiterhin. Aber Rumänien und wohl den Fall, vielleicht schon bei den Friedensverhandlungen zu denken, daß dieses Interesse zu dessen Verletzung eine Verpflichtung nicht vorliegt, hinter wichtigeren, eigenen der Zentralmächte zurückstehen müßten.

Wir fassen unsere Meinung dahin zusammen: durch den Vertrag mit den Zentralmächten war Rumänien nicht nur berechtigt, sondern verpflichtet, eine von der gewählten durch- ausweichende Haltung einzunehmen. Rumänien aber von dem Vertrage war und ist es unseren Genossen gegenüber, nach deren eigener Auslegung des Vertrags, nicht gebunden, die Durchfuhr von Kriegsmaterial zu verhindern. Seine Entschlebung unterliegt nicht wieder rechtlich noch militärischem Zwange. Seine Lage und ihrer Folgen Beurteilung durch die Zentralmächte ist nur von Belang, ob und inwiefern dadurch Kriegszwecke gefördert oder gehindert werden.

11. Juli besagt:

An der Dardanellenfront fand am 10. Juli bei Ari Burnu und Sedd ul Bahr keinerlei Veränderung statt, außer zeitweiligem Artilleriefeuer. Am Nachmittage erschien ein feindliches Panzerschiff vom Typ des „Nelson“ vor Kaba Tepe unter dem Schutze von vier Torpedobooten und schleuderte ohne Erfolg mehr als zweihundert Granaten gegen unsere Stellungen. Wir hatten nur einen Toten und zwei Verwundete. Mehrere Schiffe unserer Artillerie erreichten das Schiff und zwangen es, sich zurückzuziehen. Infolge des wirksamen Feuers unserer anatolischen Batterien verlor die Tätigkeit des Feindes bei Ari Burnu ihre bisherige Lebhaftigkeit. Diese Batterien feuerten gestern besonders gegen eine Hauptbatterie westlich von Hissarlik wirksame Schüsse ab, wobei eine Hauptbatterie einen Volltreffer erhielt. Feindliche Flieger überflogen die anatolische Seite der Meerenge, wurden aber durch das Feuer unserer Abwehr-Batterien vertrieben. Auf den übrigen Fronten keinerlei Veränderung.

Schweiz. Während die Schweizerische Depeschagentur berichtet, daß Mgr. Marchetti, der bisherige Vizepräsident der päpstlichen Nuntiatur in München, als Vertreter des Heiligen Stuhles nach Bern gekommen sei, meldet ein Privattelegramm der Basler Nachrichten, daß es sich um eine zeitliche diplomatische Vertretung des Heiligen Stuhles in der Schweiz handle. Prälat Marchetti, der seit Sonntag in Bern weile und bereits vom Bundespräsidenten Motta zu längerer Unterredung empfangen worden sei, sei mit der begrenzten Aufgabe betraut, mit dem Bundesrat in Fortsetzung der im Mai vom Grafen Santucci begonnenen Besprechungen die zahlreichen heissen Einzelheiten der Unterbringung erholungsbedürftiger Kriegsgefangener in der Schweiz zu beenden.

Herrenhauspräsident v. Wedel †.

In Berlin ist am Sonntag nachmittag der Präsident des Preussischen Herrenhauses Wilhelm v. Wedel-Piesdorf, hochbetagt den Folgen eines Schlaganfalls erlegen. Schon seit einiger Zeit war der Verstorbenen fränklich; vor etwa zehn Tagen wurde er von einem Gehirnschlag betroffen; er war seit dieser Zeit bewusstlos.

Wilhelm v. Wedel-Piesdorf wurde am 20. Mai 1837 zu Frankfurt a. O. geboren. Hand also im 79. Lebensjahre. v. Wedel wurde 1858 Auskultator in Berlin. Später Regierungsreferendar in Erfurt und Regierungsdirektor in Magdeburg, worauf er zum Landrat in Wismar ernannt wurde und dann in Eisleben ernannt wurde. Im Jahre 1876 schied v. Wedel aus dem Staatsdienst und bewirtschaftete sein im Magdeburgischen liegendes Gut Piesdorf. 1881 kehrte er in den Staatsdienst zurück und wurde Regierungsdirektor in Magdeburg, ein Posten, den er bis zu seiner 1888 erfolgten Ernennung zum Minister des Königlich-hausischen Hauses bekleidete. Seine parlamentarische Tätigkeit begann er 1879, wo er konservatives Mitglied des Abgeordnetenhauses für den Wahlkreis Sangershausen-Edersberg wurde. Von 1884-1890 gehörte er als Vertreter von Mühlhausen-Langensalza auch dem Deutschen Reichstag an, dessen Präsident er von November 1884 bis zum Juni 1886 war. Im November 1885 wurde Herr v. Wedel als Vertreter der Familie v. Wedel in das Herrenhaus berufen, in das er 1886 eintrat. Dessen Präsident wurde er im Januar 1912 als Nachfolger des Freiherrn v. Mantuffel. Bei seinem Abschied aus dem Amte des Hausministers wurde v. Wedel zum Mitglied des Staatsministeriums ernannt und mit dem Schwarzen Adlerorden ausgezeichnet.

Der Verstorbenen war ein Mann von sehr verbindlichen Umgangsformen. Seine Leitung der Geschäfte des Herrenhauses zeugte von Geschick und Umsicht.

Der erste Vizepräsident des Herrenhauses, Wirklicher Geheimer Rat v. Wedel, widmet dem verstorbenen Präsidenten folgenden Nachruf:

„Der Präsident des Herrenhauses, Minister des Königlich-hausischen Hauses a. D., Königlich-kammerherr, Wilhelm v. Wedel auf Piesdorf, ist gestern nach kurzer Krankheit im 79. Lebensjahre in Berlin verstorben. Ein langes, an Arbeit und Segen reiches Leben ist damit abgeschlossen. Die mannigfachen Verdienste des Verstorbenen hier zu rühmen, würde nicht in seinem Sinne sein. Doch das Eine will ich sagen, daß das Vaterland einen seiner treuesten Männer verloren hat und das Herrenhaus um seinen allseits hochverehrten Präsidenten aufrichtig trauert. Seit dem Jahre 1885 diesem angehörig, hat der nunmehr Verehrte stets regen Anteil an den Beratungen der Kommissionen wie im Plenum genommen. Im Jahre 1912 wurde er, nachdem er vorher seinem Kaiser und Könige in hohen Stellungen mit Aufopferung und Treue gedient, zum Präsidenten des Herrenhauses gewählt. Nur wenige Jahre war es ihm vergönnt, seines Amtes zu walten, aber alle, die mit ihm arbeiten durften, werden seinen Gerechtigkeitsinn, seine Sachkenntnis und Unparteilichkeit in hohen Ehren halten. Das Andenken des verdienten, allverehrten Präsidenten wird dem Herrenhause allzeit teuer sein.“

Eine offizielle Leichenfeier findet Mittwoch um 11 Uhr im Festsaal des Herrenhauses statt, woselbst der Sarg aufgebahrt wird. Oberhofprediger Orbaner wird die Leichenrede halten. Die Beisetzung wird Donnerstag nachmittag in Piesdorf erfolgen.

Sonstige Kriegsnachrichten.

Die Uebergabe-Bedingungen in Deutsch-Südwestafrika.

Reuter meldet aus Pretoria: General Botha berichtet, daß die Umzingelungsbewegung sehr schwer durchzuführen war. Man mußte unausgesetzt Tag und Nacht marschieren und lange Strecken ohne Wasser mit großer Geschwindigkeit durchqueren. Eine berittene und eine unberittene Infanteriebrigade werden vorläufig in Otavi bleiben. Gemäß der Uebergabe-Bedingungen werden die Offiziere der aktiven Truppen ihre Waffen behalten. Sie können gegen Ehrenwort ihren Wohnplatz unter gewissen Einschränkungen auswählen. Die übrigen Gefangenen werden in Orten, die die Union ihnen anweist, interniert. Die Reservisten aller Ränge werden ihre Waffen abliefern, ein Paroleformular ausfüllen und nachher wieder nach ihren Wohnorten zurückkehren können, um ihren gewohnten Berufen nachzugehen. Die Offiziere dürfen ihre Pferde behalten. Die Polizeitruppen werden wie aktives Militär behandelt. Die bürgerlichen Behörden können nach ihren Wohnorten zurückkehren, nachdem sie eine Paroleerklärung unterzeichnet haben, aber ohne ihr Amt ausüben und Gehaltsansprüche an die Union stellen zu können. Alles Kriegsmaterial wird an die Union abgeliefert. In dem Paroleformular verpflichtet sich der Unterzeichnende, die Feindseligkeiten während des gegenwärtigen Krieges nicht wieder aufzunehmen.

Diese Reutermeldung beweist, daß die Uebergabe unter sehr ehrenvollen Bedingungen an die erdrückende englische Uebermacht erfolgt sein muß.

Beschwerden des Dreierbundes über Italien.

Nach einem Telegramm der „B. Z. am Mittag“ aus Zürich soll in höheren Militärkreisen Italiens große Bestürzung darüber herrschen, daß das Eingreifen Italiens auch nicht im geringsten Nähe eine Zurückziehung deutscher Truppen von der galizischen Front zur Folge gehabt hat; im Gegenteil: der deutsche Vormarsch gehe unaufhaltsam weiter. Die französische und russische Regierung sollen in freudig-hastlicher Weise die italienische Regierung auf diesen merkwürdigen Umstand aufmerksam gemacht haben. Die Forderung Salandras Cadorna gegenüber nach kräftiger Offensive bei dem Frontbesuch des Ministerpräsidenten sei die Folge dieser Vorstellungen gewesen. In diesem Zusammenhange gewinnen die Aeußerungen der römischen Blätter an Bedeutung, die die Unwesenheit General Porros, des Stellvertreters des italienischen Generalstabschefs in Paris, als die Folge des russischen Rückzuges in Galizien bezeichnen. Den militärischen Anstrengungen der Zentralmächte soll wirksam begegnet werden. Italien fühle zudem das Bedürfnis, sich in jeder Hinsicht mit den Entente-mächten in Beziehung zu setzen; doch gehe dieser Wunsch keineswegs bis zu dem Willen, Truppen nach Italien zu schicken. Auch behandle man in Italien den Wunsch Englands nach einer Beteiligung Italiens an der Dardanellen-Aktion durchaus dilatorisch.

Türkisch-bulgarische Annäherung.

Die „Köln. Ztg.“ meldet unter der Überschrift: „Die türkisch-bulgarischen Verhandlungen“ aus Sofia vom 10. Juli:

Die Türkei ist im Grundsatz zu Abtretungen im Interesse guter Nachbarschaft bereit. Den einzigen Streitpunkt bildet die Umgrenzung des Gebietes von Adrianopel, das der Türkei verbleibt. Die Türkei wünscht den südlichen Vorort Karagatsch mit dem Bahnhof in das Gebiet von Adrianopel einzubeziehen, was Bulgarien wegen der dadurch bewirkten Unterbrechung der geraden Bahnverbindung nach Neubulgarien unerwünscht ist.

Italien hilft!

Im Pariser „Figaro“ äußert der frühere Minister Hanotaux die Meinung, es sei an der Zeit, daß Italien im Orient zu Hilfe komme, damit man mit Konstantinopel fertig werde. In Frankreich habe man ein Ereignis dringend nötig. Die Affäre Konstantinopel sei von kapitaler Wichtigkeit, da jede Minute zum entscheidenden Erfolge zähle. Die wankelmütige Haltung der Balkanstaaten allein verzögere den Untergang der Türkei. Für den Viererbund bestiehe die Notwendigkeit, um seine eigenen Opfer zu verringern, so schnell wie möglich zum Ende zu gelangen. Italien sei bereit und könne zu Hilfe kommen. Warum zögere man da noch?

Gegen die Verleumdungen des deutschen Roten Kreuzes.

Das Internationale Komitee des Roten Kreuzes gibt bekannt: „Das Internationale Komitee des Roten Kreuzes ersucht zu seinem lebhaften Bedauern aus Zeitungsberichten über den Prozeß in Neuchâtel, daß von gewissen Zeugen beilebende Aeußerungen gegen die Da-

Die Kämpfe der Türken.

Türkischer Kriegsbericht.

Der Bericht des türkischen Hauptquartiers vom

men des deutschen Roten Kreuzes getan wurden. Dem Internationalen Komitee liegt daran, zu erklären, daß es seit Kriegsausbruch sowohl durch Vermittlung mehrerer seiner Mitglieder als auch aus Erzählungen aus dem Munde durch die Schweiz heimbekehrter kriegsinvalider Franzosen die bewundernswürdige Tätigkeit der Damen des deutschen Roten Kreuzes, die Würde und die Hingebung feststellen konnte, womit sie ihre Pflege den Verwundeten aller kriegsführenden Armeen angedeihen ließen. Die Zeichen von Erkenntlichkeit, welche diese Damen von zahlreichen verwundeten Franzosen, Engländern, Belgiern und Russen erhielten, gestatten ihnen, solche Beleidigungen zu verachten, wie diejenigen, welche gegen ihre Genossinnen von zwei Zeugen in Neuchâtel vorgebracht wurden. Aber es ist Pflicht des Internationalen Komitees, diese Äußerungen nicht hingehen zu lassen, ohne zu bekräftigen, daß sie in völliger Widersprüche mit allem stehen, was es von der Tätigkeit dieser Damen des deutschen Roten Kreuzes weiß. Gezeichnet im Namen des Internationalen Roten Kreuzes: Der Präsident Gustave Ador."

Die Erklärung des Komitees bezieht sich auf eine Äußerung zweier Prozeßzeugen, welche erklärten, den Verwundeten und Gefangenen würde von Damen des deutschen Roten Kreuzes verdorbene Arznei und Gift beigebracht, und die Damen versuchten, die Gefangenen mit aufsteigenden Krankheiten zu infizieren.

Kleine Kriegsnachrichten.

* Der italienische General Porro ist nach Frankreich gereist und hat auch Joffre an der Front einen Besuch abgestattet. Italienische Blätter messen der Reise die größte Wichtigkeit bei.

* Dem Generalstabschef der deutschen Südmarmee, General von Stolzmann ist der Orden Pour le Mérite verliehen worden.

* Wie ausländische Blätter zu berichten wissen, soll sich unter den sechs französischen Offizieren, die auf Veranlassung der deutschen Regierung nach Spandau gebracht wurden, weil die französischen Behörden den deutschen Protest gegen die schlechte Behandlung der Teilnehmer der Patrouille des Luitants v. Schierstedt unbeachtet ließen, auch ein Sohn des Ministers Delcassé befinden.

* Nach einer Meldung des "Petit Parisien" wurde der Korpskommandant General Michélet auf dem Schlachtfeld schwer verletzt.

Der Krieg zur See.

12 deutsche U-Boote im Mittelmeer.

:: Die "D. Z. am Mittag" veröffentlicht folgendes Telegramm aus Athen: Nach angeblich zuverlässigen Privatmeldungen befinden sich im Mittelmeer 12 deutsche Unterseeboote, andere würden folgen, um der Blockade an den Dardanellen und den Operationen auf Gallipoli ein Ende zu bereiten.

U-Boot-Kalender.

:: Nach einer Reutersmeldung lief am Sonntag in Grimsberg der Fischdampfer Fleetwood ein. Er neigte stark zur Seite. Das Schiff wurde ohne vorhergehende Warnung in der Nordsee von einem deutschen Unterseeboot beschossen. Ein Mann tot, drei verwundet. Der nach Manchester unterwegs befindliche Dampfer "Ellesmere" wurde vor der Küste von Cornwall torpediert. Ein Mann wurde durch eine Granate getötet, der übrige Teil der Mannschaft wurde in Missfordhafen gelandet. Der Dampfer hat 1170 Tonnen. Die Ladung hat aus Mineralien und Lebensmitteln bestanden.

Neue Vergeltungsmaßregeln gegen Frankreich.

:: In letzter Zeit sind hier Fälle bekannt geworden, in denen kriegsgefangene deutsche Offiziere in Frankreich nicht in einer den Kriegsgebräuchen entsprechenden Weise behandelt werden, und zwar teilsweise aus dem Grunde,

weil sie ihr Ehrenwort nicht mehr gegen Frankreich und seine Verbündeten zu kämpfen verpflichtet haben.

Inbesondere werden nach Privatbriefen wie nach dem Berichte des Vertreters einer neutralen Macht etwa fünfzig deutsche Offiziere, die im Fort Entrevaux in den Alpen interniert sind, und die die Abgabe des Ehrenwortes verweigerten, in vier stets verschlossenen Räumen gefangen gehalten: sie dürfen sich täglich nur eine Stunde auf einem kleinen Hofe von 10 : 12 Metern bewegen, auch sich nicht gegenseitig besuchen. Dieses Verfahren widerspricht den Bestimmungen der Haager Landkriegsordnung. Denn nach Artikel 11 darf auf kriegsgefangene Offiziere irgend ein Zwang auf Abgabe des Ehrenwortes nicht ausgeübt werden; auch auf Offiziere, die ihr Ehrenwort verweigern, findet daher der Artikel 5 Anwendung, wonach ihre Einschließung nur als unerlässliche Sicherungsmaßregel und nur während der Dauer der diese Maßregel notwendig machenden Umstände zulässig ist.

In Deutschland haben die kriegsgefangenen französischen Offiziere, denen dem deutschen Standpunkt entsprechend die Abgabe des Ehrenwortes überhaupt nicht angeordnet wird, den ganzen Tag über die Möglichkeit, sich frei im Kriegsgefangenenlager zu bewegen und sich gegenseitig zu besuchen, auch ungehindert die ihnen zur Verfügung stehenden Hof- und Gartenräume zu benutzen. Nachts werden sie nicht eingeschlossen, sondern haben nur die Verpflichtung, in ihren Schlafräumen zu verweilen.

Die Vorstellungen, die bei der französischen Regierung erhoben worden sind, um den deutschen Offizieren im Fort Entrevaux eine gleiche liberale Behandlung zu verschaffen, sind bisher erfolglos geblieben. Auf Anordnung der Heeresverwaltung sind daher, wie in der halbamtlichen "Nordd. Allg. Ztg." mitgeteilt wird, zunächst fünfzig französische Offiziere aus ihren verhältnismäßig angenehmen Offizier-Gefangenenlagern in das Fort Jorndorf bei Küstrin übergeführt, wo sie in genau derselben Weise gehalten werden wie die deutschen Offiziere in Entrevaux.

Sollte sich die Nachricht bestätigen, daß andere kriegsgefangene deutsche Offiziere in Frankreich ähnlichen Beschränkungen unterliegen, so werden die deutschen Maßnahmen auf eine größere Anzahl und, wenn nötig, auf alle kriegsgefangenen französischen Offiziere in Deutschland erstreckt werden. Dabei ist wohl zu beachten, daß deren Zahl eine viel höhere ist als die der kriegsgefangenen deutschen Offiziere in Frankreich.

Politische Rundschau.

— Berlin, den 12. Juli 1915.

Das Kommunalwahlrecht der Kriegsteilnehmer.

:: Zur Erhaltung des kommunalen Wahlrechts der Kriegsteilnehmer ist soeben mit Gesetzeskraft eine königliche Verordnung ergangen, die den Gemeindegliedern die Befugnis gibt, durch Gemeindebeschluss für die Jahre 1915 und 1916 anzunehmen, entweder, daß von einer Aufstellung, Berichtigung und Auslegung der Liste der stimmungsfähigen Bürger (Gemeindeglieder) ganz abgesehen, und bei Wahlen die letzte endgültige Liste zugrunde gelegt wird, oder daß bei Aufstellung und Berichtigung der Listen hinsichtlich der Kriegsteilnehmer eine Minderung der veranlagten Steuerföhe oder Einkommensbezüge gegenüber der letzten endgültigen Liste außer Betracht bleibt.

Aufforderung zur Rückkehr an die Einwohner Polens.

:: Auf Grund der Verordnung des Oberbefehlshabers Ost vom 3. Juli d. J. haben alle Einwohner Polens, die ihren Wohnsitz in dem der deutschen Zivilverwaltung unterstellten Gebiet Polens links der Weichsel verlassen haben, in ihre Heimat zurückzukehren, sofern sie nicht in Deutschland oder in einem verbündeten Staate in einem Arbeits- oder Dienstverhältnis stehen, oder durch einen außerhalb ihrer freien Willensbestimmung liegenden Umstand an der Rückkehr verhindert sind. Die Nichtbefolgung dieser Aufforderung zieht eine Abwesenheitssteuer nach sich, die für den Zuwiderhandelnden auf 5 bis 15 vom Hundert seines Vermögens festgesetzt ist.

Ausland.

Griechenland.

* Von einer Monarchien-Ausammenkunft in Athen

berichtet die römische "Tribuna" aus Sofia: Ihr Wunsch, die Herrscher Rumäniens und Bulgariens in Athen zusammenzutreffen und König Konstantin einen Besuch abzustatten. Diese Meldung ist aber nach einer Telephonachricht aus Bern dahin zu ergänzen, daß die Minister des Äußern Rumäniens, Bulgariens und Griechenlands der Zusammenkunft, bei der sich auch Serbien beteiligen lassen werde, beizohnen werden.

Bulgarien.

: Gegen die Urheber des Bombenattentats in Sofia ist folgendes Urteil gefällt worden: Der Urheber Biletti Pop Anastassow, früher Beamter am höchsten Rechnungshof, sowie der Angeklagte Jyloskoff wurden zur öffentlichen Hinrichtung durch den Strang verurteilt, die übrigen Beschuldigten zu mehrjährigen Kerkerstrafen. Der Gerichtshof beschloß außerdem, daß gegen den gewesenen Minister des Äußern und jetzigen Chef der Stambulowisten-Partei Dr. Genadiew wegen Mithilfe an dem Bombenattentat eine gerichtliche Untersuchung eingeleitet werde. Genadiew war schon seit einigen Tagen von seinem früheren Ministerkollegen Dr. Gaten und von mehreren Zeitungen beschuldigt worden, das Bombenattentat veranlaßt zu haben und auch an der Ermordung des Premierministers Bektow im Jahre 1907 mitschuldig gewesen zu sein. Die Gerichtsverhandlung hat außerdem ergeben, daß Genadiew mit Biletti Anastassow intim befreundet gewesen und ihn mit größeren Geldsummen unterstützt hat. Das neue Parlament der Stambulowisten Now Wet, hat sich denn auch von Genadiew losgesagt und gegen ihn Verdächtigungen ausgesprochen. Die gegen Genadiew eingeleitete Verfolgung erregt allgemein ungeheures Aufsehen. Genadiew machte vor einigen Monaten viel von sich reden, als er seine politische Vergangenheit verleugnend, in den Ländern des Dreiverbandes umherreiste, sich als ein Vertrauensmann des Kabinetts Rodostawow ausgab und sich für eine bindende Vereinbarung zwischen der Entente-Mächten und Bulgarien einsetzte. Er wurde nach seiner Rückkehr von den bulgarischen Regierungsnachrichtensorganen in aller Form debattiert.

: Nach dem Sofiaer Blatt "Dnebnik" ist der englische Gesandte Bar-Tonside von Sofia abberufen worden, weil er durch die Beweisnahme im Prozeß über das Rostowattentat schwer kompromittiert sei. Auch habe sich der bulgarische Ministerrat mit der Rolle befaßt, die der Gesandte in diesem Attentat gespielt hat.

Mexiko.

: Nach einer Meldung des Reuterschen Bureaus in Washington haben die Anhänger Carranzas in Veracruz gestern dem amerikanischen Konsul amtlich mitgeteilt, daß General Gonzales die Stadt Mexiko besetzt habe.

Schweiz.

: Nach den "Basler Nachrichten" hat der Papst bei bisherigen Wählern der Münchener Runtiat, Mgr. Schetti, nach Bern gesandt, damit er mit dem Bundesrat in Fortsetzung der im Mai vom Grafen Santucci begonnenen Besprechungen die zahlreichen heissen Einzelheiten der Unterbringung erholungsbedürftiger Kriegsgefangener in der Schweiz beende.

Bereinigte Staaten.

: Die "Amerikanische Humanitätsliga" hat an den Präsidenten Wilson, der sich bekanntlich in seiner letzten Rede an Deutschland als Vorkämpfer der Menschlichkeit ausspies, ein mit vielen Tausenden von Unterschriften versehene Denkschrift gerichtet, in der gegen die Waffenausfuhr protestiert wird. In der Denkschrift heißt es: "Wir gründen unsere Denkschrift auf die unumstößliche Tatsache, daß der Krieg ohne Waffenzufuhr bald in sich selbst zu sterben muß, und daß wir als neutrale Nation uns nicht gerufen fühlen, dazu hergeben dürfen, den Konflikt zwischen unseren Schwefternationen zu verlängern." Die Eingangschrift schließt mit folgenden Worten: "Wir sind daher der Ansicht, daß die Interessen unseres Landes im gegenwärtigen Augenblick es erfordern, dieses durch Herkommen bewilligte Recht (die Waffenausfuhr zu verbieten) bald und wirkungsvoll auszuüben. Denn andernfalls würden wir"

Fürstin Sascha.

Ein Roman aus der Zeit des Großen Krieges.

30] (Nachdruck verboten.)

"Werden Sie mich persönlich mit diesem Brief betrauen," fragte Dane.

"Ja. Er enthält Ihre und meine Ansicht in dieser Sache. Außerdem habe ich hier noch ein Schreiben an Fürstin Dolgorucki. Es wird Ihnen ebenfalls von Nutzen sein und —" der Minister lächelte — "vielleicht übernehmen Sie ganz gern die persönliche Abgabe dieses Briefes."

Mit einer Verbeugung nahm Dane die für ihn so wichtigen Papiere in Empfang. "Wie soll ich Ihnen meinen Dank aussprechen?" fragte er, erleichtert aufatmend.

"O, lassen Sie das," wehrte Murawiew freundlich ab. "Es wird mir angenehm sein, wenn meine Briefe ihren Bestimmungsort erreichen."

"An mir soll es nicht fehlen," erwiderte Dane eifrig. "Morgen früh hoffe ich wieder in Moskau einzutreffen."

Der Minister reichte ihm die Hand zum Abschied.

"Moskau ist eine bedeutsame Stadt," sagte er mit bedeutsamem Lächeln.

Sobald die beiden Freunde ihn verlassen hatten, klingelte Murawiew für seinen Sekretär. "Ich wünsche davon benachrichtigt zu werden," bemerkte er zu dem Eintretenden, "ob der junge Engländer mein Schreiben an Sascha Dolgorucki abgegeben hat."

Der Sekretär zuckte mit den Achseln.

"Der Herr geht nach Moskau," sagte er in zögerndem Tone, "aber dann —"

"Glauben Sie etwa, es sei ihm nicht Ernst mit der Sache?"

"Wenn es der Fall ist, wird er den Brief richtig abliefern."

"Und wenn nicht?" fiel Murawiew ein. "Doch einerlei — es gibt so viel Rätselhaftes unter der Sonne."

Er trat ans Fenster und schaute gedankenvoll auf die Straße hinaus. Was würde Lord Dane wohl sagen, dachte er, wenn er wüßte, daß der Brief, den er mitgenommen, für das Mädchen, das er liebte, Freiheit und Glück bedeutete?

10. Kapitel.

Als dem verstorbenen Kaiser Nikolaus I. vor Beginn des Baues der Bahnlinie Petersburg—Moskau die Pläne vorgelegt wurden, soll er auf der Karte einen geraden Strich zwischen den beiden Städten gezogen und beföhlen haben, die Linie genau so zu führen. Daß dadurch mehrere größere Orte von dem Vorteil des Eisenbahnverkehrs abgeschnitten wurden, ließ ihn völlig unbekümmert; er wünschte die kürzeste Verbindung zwischen seinen beiden Hauptstädten hergestellt zu sehen, und seinem autokratischen Verlangen gegenüber mußten alle anderen Rücksichten schweigen. Es gab zwar viele Unzufriedene, allein der kaiserliche Befehl wurde buchstäblich erfüllt und in schnurgerader Linie durchquert die Bahn das Land.

In einem Coupe erster Klasse des Nachtschnellzuges saß Ivor Dane, ungeduldig die Entfernung berechnend, die ihn noch von Moskau, von der Geliebten, trennte. Mit zerstreutem Blick schaute er durch das Fenster auf die endlosen Schneefelder, umspinnen vom traumhaft bleichen Licht des Mondes, auf die weiten Steppen, die lahlen Büsche und Bäume, über die der Frost einen glitzernden Mantel gebreitet hatte.

Was konnte das Schreiben des Ministers enthalten? Darüber zerbrach er sich vergebens den Kopf. Was es aber auch sein mochte, er setzte volles Vertrauen in den russischen Staatsmann, daß dieser zugunsten Saschas gehandelt habe.

Endlich, gegen elf Uhr vormittags, hatte er das Ziel seiner Sehnsucht erreicht: der Zug fuhr in den Bahnhof von Moskau ein.

Seton erwartete seinen Herrn und geleitete ihn zu dem draußen harrenden Schitten. "Nach dem Kreml zum Hause des Gouverneurs!" befahl Dane dem Aufseher, und dann überflog er während der Fahrt die Briefe, die sein Diener ihm überreicht hatte. Zu seiner Enttäuschung fand er kein Billet von Sascha darunter, wie er gehofft, hingegen ein paar Zeilen von Dr. Whitmore, der ihn dringend ersuchte, im Vostschastshotel vorzusprechen. Diese Aufforderung des Arztes beunruhigte ihn nicht wenig, weil er sich den Grund nicht zu erklären vermochte.

Es bedurfte daher all seiner Selbstbeherrschung, um dem Gouverneur gegenüber ruhig zu erscheinen, als ihn dieser, nachdem sich Dane hatte anmelden lassen, in seinem

Privatkabinett empfing. Der alte Herr mit der Abnahme und den scharfblickenden Augen begrüßte ihn mit der herzlichsten Freundlichkeit. "Hatte Sie schon gestern Morgen erwartet," rief er, "Dane die Hand entgegenstreckend, aber erst am Abend, daß Sie abgereist waren."

"Ich bin in Petersburg gewesen," erklärte Dane. "Die Ursache werden Sie wohl erraten können."

"Hm, hm," brummte der General, an seinem schwarzen Bart zerkend, "hatten keinen Grund mehr, hier zu bleiben, wie?"

"Keinen Grund?" wiederholte Dane erstaunt. "Nun ja — ich meine — nun die Fürstin nicht mehr da ist —"

"Nicht mehr da?" stammelte Dane bestürzt. "Hm — ich glaube, Sie wüßten es." Gestern morgen reiste Sascha nach dem Kaukasus ab."

Diese Nachricht traf den jungen Lord wie ein Schlag. Sprachlos starrte er den General an, der jetzt erst merkte, welchen Eindruck seine Worte gemacht hatten. "Ich muß nicht, daß Sie sich so lebhaft für meine Nichterwartung efferten," sagte er wie zur Entschuldigung.

"In diesem Falle dürfte es Ihnen angenehm sein zu erfahren, daß die gerichtliche Untersuchung nichts Besseres gegen Sascha zutage gefördert hat."

"Weshalb mußte sie denn Moskau verlassen?" unterbrach ihn Dane, nur mühsam seine Ruhe bewahrend.

"Ich hielt es für klüger," verteidigte sich Whitmore. "Um ihre Unschuld ist es nötig, daß die Geschichte selbst möglichst der Vergessenheit anheimfällt. Lassen Sie sich ganz offen mit Ihnen reden, Lord Dane! In dem Hause ihres Vaters im Kaukasus wird meine Nichterwartung haben, über manches nachzudenken, was in den letzten Jahren geschehen ist. Uebrigens dürfen Sie versichert sein, daß ich für Sascha als meine Verwandte das lebhafteste Interesse habe."

Danes Unmut wurde jedoch durch diese Worte nicht beruhigt. "Lassen wir die Sache ruhen," sagte er scharf. "Hier ist ein Brief des Ministers Murawiew — er zog das Schriftstück hervor — "woher die Güte haben, ihn zu lesen?"

(Fortsetzung folgt.)

Worte unserer eigenen Neutralitätserklärung
werden, die da sagen: „Wir müssen neutral sein
und dem Namen nach jede Handlung unter-
lassen, welche einer der ringenden Parteien einen Vorteil
über die andere bringen würde.“

Die neuen Reichsfinanzpläne.

Die Kriegsanleihe. — Die Reichskriegsgewinnsteuer.
In einem kurzen „Politischen Tagesbericht“
in der „Nordb. Allg. Ztg.“ halbamtlich Kenntnis ge-
geben von dem Ergebnis der Konferenz der Finanz-
minister der deutschen Bundesstaaten, die am Sonnabend
in Berlin stattgefunden hat. Dieser Bericht lautet:

In der am 10. Juli stattgehabten Zusammenkunft
der bundesstaatlichen Finanzminister gab der Staats-
minister des Reichsschatzamts, Dr. Helfferich, einen
überblick über die Finanzlage des Reichs und die
Durchführung des Krieges bisher ergriffenen und
weiterhin geplanten Maßnahmen. Die hierauf folgende
Aussprache ergab allseitige Uebereinstimmung in der
Beurteilung der deutschen Finanzkraft und die
unvermeidliche Befürchtung des unerschütterlichen Entschlus-
ses, opferbereiten Zusammenwirkens bis zum siegreichen
Ende. Die von dem Reichsschatzsekretär in Aussicht
genommene finanziellen Maßnahmen, insbesondere
Vorschläge über die bei den gesetzgebenden Körper-
schaften in der nächsten Tagung des Reichstages einzu-
bringende neue Kreditvorlage, fanden einhellige Zustim-
mung. Auch über die Frage der Besteuerung der so-
genannten „Kriegsgewinne“ fand ein Meinungsau-
sdruck statt, der Uebereinstimmung darin ergab, daß die
Festsetzung einer Sondersteuer auf den durch den Krieg
während des Krieges entstandenen Vermögenszu-
wachs dem Reiche zustehe.

Daß der am 10. August wieder zusammentretende
Reichstag über die dritte Kriegsanleihe Beschluß zu fassen
wird, war bekannt. Staatssekretär Dr. Helfferich
sagte darüber bereits selbst in einem Interview geäu-
sert, in dem er das englische Kriegsanleihe-Mandate als
bedeutend kennzeichnete und auf den glänzenden
Erfolg der deutschen Finanzwirtschaft hinwies. Die Frage
der Kriegsgewinnsteuer war dagegen noch unbeantwortet.
Nur bisher noch unbestimmt, ob das Reich selbst diese
erheben oder sie den Bundesstaaten überlassen
wird. Bekanntlich war sowohl im brennischen Staate
als im preussischen Abgeordnetenhaus durch einen
rechts- und einen freikonservativen Antrag die Be-
stimmung der Kriegsgewinne gefordert worden. Diese
Vermögenszuwachssteuer, die in erster Linie die unver-
käuflich schnell angewachsenen Geldbeutel der Kriegs-
gewinnanten treffen soll, wird also neben der neuen Kredit-
vorlage demnächst den Reichstag beschäftigen. Soweit
die Dinge überschaubar sind, dürfte die Steuer
bei keiner Partei auf Widerstand stoßen. Eine
Frage ist es, ob sich nicht gegen die neue Durch-
führung des Prinzips: dem Reiche die indirekten, den
Bundesstaaten die direkten Steuern bei der einen oder an-
deren Partei Widerspruch erheben wird. Beim Wehrbe-
trieb bekanntlich zum ersten Male dieses Prinzip auf-
gekommen. Die Hauptsache ist indessen, daß die
Kriegsgewinne überhaupt besteuert werden.
Wald wird man wohl Näheres darüber hören,
daß hoher Prozentsatz dafür in Aussicht genommen ist.

Rohlennotsorgen.

Kohlenmangel in Rußland, Frankreich und Italien.

Nach dem trefflichen Grundsatz, daß ein kluger
Vorsorge muß, denkt man in den Ländern unse-
rer Vorfahren sorglos an den kommenden Winter. Denn
Kohlenfelder Frankreichs sind größtenteils von un-
seren Truppen besetzt, und Rußland kann aus gleichem
Grund aus den polnischen Bergwerken keine Kohlen für
Industrie und für Hausbrandzwecke beziehen. Man
hat in Rußland von einer bevorstehenden Kohlennot
in den größten Städten. Italien aber hat überhaupt
keine Kohlen. So ergibt sich denn für England die Not-
wendigkeit, seine Verbündeten mit Heizmaterial zu ver-
sorgen. Und das wird keine leichte Aufgabe sein. Selbst
die Lieferung möglich wäre, was angesichts des
eigenen englischen Bedarfs, der Verminderung der
englischen Grubenarbeiter und des vergrößerten
Bedarfs durchaus fraglich ist, müßten sie, wie „Man-
chester Guardian“, das größte englische Provinzialblatt, her-
aus zu einem billigen Preise erfolgen. Davon
aber wohl die Bergherren im Britenlande wenig
wollen. Die französische Industrie klagt schon lebhaft
über die unerträglichen Preise der englischen

Kohlen. Die schlimmsten dürfte Italien daran sein. Die schwe-
dische „Stockholms Dagblad“ berichtet, daß her-
kommende italienische Kohlenfirmen sich an schwedische
Kohlenwerke gewandt hätten, um von ihnen schwedische
Kohlen zu bekommen. Rauschhafte Mengen dürften aber
aus Schweden nach Italien kommen. Sicherlich wird
der zweite Kriegswinter, wenn die Geschäfte ihr grau-
volles noch nicht zu Ende gesungen haben sollten, un-
heimlich recht unangenehm werden, — wogegen wir
angewandten haben.

Volkswirtschaftliches.

Frankfurt a. M., 12. Juli. Schlachtviehmarkt.
Es waren: 2119 Rinder, 363 Kälber, 1015
Schweine. Es wurden bezahlt für 50 Kilogramm: Ochsen:
a) 75 bis 77 resp. 130 bis 136, b) 62 bis 66 resp. 115
bis 119. — Ferkeln und Kühe: a) 59 bis 65 resp. 110
bis 114, b) 48 bis 54 resp. 89 bis 100, c) 36 bis 43 resp.
70 bis 72 resp. 117 bis 120, d) 56 bis 60 resp.
123 bis 125. — Schweine: a) 118 bis 123 resp. 145 bis 150, b) 116 bis 120 resp. 140
bis 144, c) 118 bis 123 resp. 145 bis 147, d) 118 bis 123
resp. 144 bis 148. — Markt.

Der österreichische Generalkriegsbericht.

Wien, 12. Juli. Amtlich wird verlautbart:

Russischer Kriegsschauplatz.

Am Bug, nordwestlich Buzl, haben unsere Truppen
bei Dereowlan einen russischen Stützpunkt genommen. —
An der ganzen sonstigen Front im Nordosten fanden auch
gestern keine Kämpfe statt. Die Situation ist unverändert.

Italienischer Kriegsschauplatz.

An der küstländischen Front versuchten die Italiener
wieder einige Angriffe, die wie immer abgewiesen wurden,
so bei Vermegliano, Redipuglia und an mehreren Punkten
südlich des Arn-Gipfels.

Im Rätischer Grenzgebiet dauern die Geschützkämpfe
fort, auch gegen unsere Stellungen auf den Grenzbergen
nordöstlich des Kreuzberg-Sattels und gegen einzelne Ti-
roler Werke richtete sich feindliche Artilleriefeuer. Neuer-
liche Angriffe des Gegners auf den Col di Lana scheiterten
gleich allen früheren.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

In letzter Zeit entwickelten die Montenegriner an der
herzogwinischen Grenze eine lebhaftere, jedoch ganz er-
folglose Tätigkeit; so griffen unlängst wieder zirkel zwei
montenegrinische Bataillone unsere Grenzstellungen öst-
lich Avtovac nach längerer Beschießung durch schwere Ar-
tillerie an, sie wurden abgewiesen. Einer unserer Flieger
bewarf zu dieser Zeit ein montenegrinisches Lager sehr
erfolgreich mit Bomben. Weiter südlich ließ ein Bataillon
des Feindes über die Grenze vor. Auch dieses wurde
durch einen Gegenangriff unserer Truppen auf montene-
grinisches Gebiet zurückgeschlagen. — Ostlich Trebinje
versuchte der Feind nach den Misserfolgen der vorigen
Woche vergebens, durch schwere Artilleriefeuer eine Wir-
kung zu erzielen.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes.
v. Hoefer. Feldmarschalleutnant.

Locales und Provinzielles.

Erbenheim. Im Gasthaus „Zum Schwanen“ fand
hier Sonntag nachmittag eine zahlreich besuchte gemein-
same Versammlung der Bürgermeister des Landkreises Wiesbaden,
sowie der Landwirte statt, welche sich ohne Widerspruch auf
die Bildung einer Selbstverteidigungsgesellschaft für Getreide aus-
sprach. Der Landkreis Wiesbaden produziert bei einer Be-
wohnerzahl von nicht ganz 70 000 rund 70 000 Zentner
Weizen und das gleiche Quantum an Roggen. — Eine
Erhöhung der Milchpreise wurde von den Hauptproduzenten
angefündigt.

Schierstein. Am Sonntag vormittag ist im Strand-
bad der 17-jährige Gärtner Reinhold Steiger aus Wies-
baden ertrunken. Er hatte sich, obwohl er anscheinend
nicht schwimmen konnte, in den für Schwimmer vorbehal-
tenen Teil begeben, wo er plötzlich versank. Seine Leiche
ist noch nicht gefunden worden.

Biebrich, 12. Juli. Zur Einbringung der Ernte
sind hier auch Engländer jetzt herangezogen worden. Wir
wären ohne diese englische Hilfe hier doch nicht ausge-
hungert. Aber schon ist's doch, daß diese Leute von jen-
seits des Kanals, die ja auch nichts zum Krieg können,
Deutschlands schöne Getreidefelder sehen und mitheilen dür-
fen, den reichen Erntesege einzuholen. 30 Iren sind hier
im Gasthaus „Insel“ einquartiert. Die Landwirte holen
sie früh morgens um 6 Uhr ab und haben zu sorgen, daß
sie abends um 6 1/2 Uhr wieder daheim sind. Die Ver-
pflückungskosten betragen für den Tag 2. — Markt und Ar-
beitslohn 50 Pfg. Beide Teile, Arbeitgeber und -nehmer,
sind recht zufrieden mit der Einrichtung. — Einigen Wirt-
schaften mit Damenbedienung, welche anfangen unangenehm
zu werden, wurde Polizeistunde für 10 Uhr geboten.

Frankfurt a. M., 12. Juli. Wie zu erwarten
war, kam auf den heutigen Viehmarkt ein bedeutender Auf-
trieb. Die große Spannung, welche augenblicklich wieder
mal zwischen Händlern und Metzchern herrscht, scheint keinen
Einfluß auf den heutigen Markt gehabt zu haben. Die
Metzger schieben den Händlern die stetig steigenden Vieh-
preise zu und diese weisen dies entschieden zurück. Dies
führte auch zu mancherlei Reibungen, zumal eine Anzahl
Ruh- und Rinderhändler und Kommissionäre ungeduldet
ihres Vertrags mit dem Verein Mitteldeutscher Viehhändler
— sich mit der Viehmarktbank bereits in Verbindung
gesetzt haben, wegen Erhöhung der seitherigen Rückvergü-
tung. Zur Erledigung dieser Fragen wird nächstens eine
Versammlung abgehalten werden. Die Behauptung der
Händler, daß die Zeitungen nur immer für steigende Preise
ihre Notizen widmen, wollen wir heute widerlegen und von
sinkenden Preisen berichten. Nur Schweine werden uns
heute bei unserem guten Willen etwas Schweinerei machen,
denn diese liegen um 2—5 Pfennig pro Pfund Schlach-
tgewicht, deshalb wollen wir uns heute auch nicht länger
mit ihnen abgeben. „Billiges“ Kalbfleisch aber ist in
Sicht, denn diese fielen heute um 20 Pfg. pro Pfd. Schlach-
tgewicht, es waren dies mittlere Mast- und Saugkälber.
Auch geringe Mast- und gute Saug-Kälber liefen um 7
bis 15 Pfg. nach gegen die Vorwoche. Ein Vergleich
mit der zweiten Qualität gegen die Vorwoche läßt sich nicht
machen, da diese nicht notiert war, dagegen ist es ein Un-
terschied von 10—13 Pfg. gegen die Preise vom 28. Juni.
Auch Kühe machen uns heute Spaß und gehen teilweise
gerab. 1. und 2. Qualität hielten die alten Preise, wenig
gut entwickelte Ferkeln fielen um 4—9 Pfennig, ältere aus-
gemästete Kühe um 4 Pfennig und gering genährte Kühe
um 5 Pfg. Ochsen hielten vordöchentliche Höhe u. Bullen
1. Qualität 2—3 und 2. Qualität 5 Pfg. weniger. Bei
Schweinen, die wieder in die Höhe gegangen, war das Ge-

schäft lebhaft, dagegen Kälber, die uns den Gefallen taten,
und um 20 Pfg. zurückgingen, war nur gedrücktes Geschäft.
Bei Rindern, trotz des großen Auftriebs von 623 Stück,
war nur in guter Ware flottes, bei geringer, nur langsames
Geschäft.

Aus Pessen. In Nr. 135 unserer Zeitung hatten
wir die Notiz gebracht, daß die Blättermeldungen, nach de-
nen die Besuche von Landwirten im Vogelsberg, in den
Staatswaldungen das Vieh hüten zu dürfen, abschlägig be-
schieden seien, auf glatter Erfindung Seitens des Frankf.
Berichterstatters beruhen. Unser Gewährsmann scheint je-
doch hier nicht genau unterrichtet gewesen zu sein, denn
aus Herchenheim geht uns von glaubwürdiger Seite folgen-
des zu: „Ich kann Ihnen mit Bestimmtheit versichern, daß
das Hütungsverbot hier durch die Ortschaften wie folgt am
22. oder 23. Juni bekannt gemacht wurde: — „Das Behüten
der fiskalischen Waldungen ist verboten.“ — Ob nun der
Zeitungsbericht es erwirkt, oder sonstwo Eingaben gemacht
worden sind, kann ich nicht sagen, denn gleich darauf wurde
das Hüten erlaubt, aber nur an bestimmten Plätzen. Der
stellvertretende Oberförster der Oberförsterei Herchenheim
scheint mehr nach Willkür zu handeln.“
L. D.

Aus Stadt und Land.

**** Ein Sohn des Prinzen Oskar geboren.** In
ihrem vom Kronfideikommiß zur Verfügung gestellten
Sommerst wurde nachts 1.25 Uhr Gräfin Ina von Rup-
pin, die Gemahlin des Prinzen Oskar von Preußen, von
einem gesunden Knaben entbunden. Die Gräfin
von Ruppin, die diesen Titel anlässlich ihrer Vermählung
am 31. Juli 1914 erhielt, wurde am 27. Januar 1888 als
Tochter des Staatsministers Karl Heinrich Ludwig Graf
von Bassewitz-Lebepow und seiner Gemahlin, der Gräfin
Margarete von der Schulenburg, geboren.

**** Heimkehr Invaliden aus der Kriegsgefangenschaft.**
Der erste Zug mit 257 schwerverwundeten Deutschen, dar-
unter neun Offizieren, ist Montag vormittag 8 1/2 Uhr
fahrplanmäßig im Bahnhof von Konstanz unter den Hoch-
rufen des nach Tausenden zählenden Publikums einge-
laufen. Die Musik spielte die Nationalhymne. Die Ver-
wundeten erklärten, daß die Behandlung in Frankreich
durchschnittlich anständig gewesen sei.

**** Großer Waldbrand in Schlesien.** Am Mittwoch
ist auf den Fluren der Gemeinde Reibholz-Michallen und
dem Gelände des Klosters Morgenstern in Schlesien ein
großer Wald- und Moorbrand ausgebrochen. Er scheint
nunmehr nach harter Arbeit, an der sich auch viel Militär
(2000 Soldaten) beteiligte, zum Stehen gebracht zu sein.
Um den Brandherd, welcher sich auf etwa 6 Kilometer
Länge und 3 bis 5 Kilometer Tiefe erstreckt, sind bis zum
Grundwasser reichende Gräben gezogen, so daß auch bei
eintretendem Winde ein Ueberspringen des Feuers auf die
Nachbargebiete ausgeschlossen sein dürfte. Der gefährdete
Waldbestand ist abgeholzt worden. Der größte Teil dieses
Terrains war mit Schenung und Nuthölzern bewachsen.
Der Schaden dürfte in die Millionen gehen, da fast der
gesamte kaiserliche Forst vernichtet worden ist. Der an-
grenzende königliche Hohenswerdaer Forst hat nur gerin-
gen Schaden gelitten.

Letzte Nachrichten.

Tagesbericht vom 13. Juli.

Großes Hauptquartier, 13. Juli. (W. T.
B. Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Ein französischer Handgranatenangriff bei
der Zuckersfabrik von Souchez wurde abgewiesen.
Im Anschluß an den Sturm auf den Kirchhof
wurden darüber hinaus unsere Stellungen in
einer Breite von 600 Metern vorgeschoben und
auch das an der Straße nach Arras gelegene
Cabaret Route genommen. Die Zahl der Ge-
fangenen hat sich auf 3 Offiziere und 215 Mann
erhöht. Verschiedene Ansätze zu feindlichen Ge-
genangriffen wurden unter Feuer genommen.
Ihre Durchführung wurde dadurch verhindert.

Zwischen Maas und Mosel entwickelte der
Feind lebhafteste Artillerietätigkeit. Viermal griff
er im Laufe des Abends und des Nachts unsere
Stellungen im Priesterwalde an. Die Angriffe
brachen unter großen Verlusten vor unserer
Linie im Feuer zusammen.

Ostlicher u. Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Die Lage ist unverändert.

Oberste Heeresleitung.



Scherz und Ernst.

**** Die Taschenuhr des toten Soldaten.** Eine Taschenuhr hat in eigenartiger Weise zur Feststellung der Persönlichkeit eines seit langer Zeit vermissten braven Kriegers geführt. Lübecker Blätter berichten darüber: Der Sohn des Arbeiterhepaares Meins in Fuhlenhagen, der seit dem Sommer im Felde stand, wurde seit den schweren Kämpfen in Flandern im Herbst v. J. vermisst, und die armen betagten Eltern empfanden besonders die quälende Ungewissheit schwer, in der sie seit vielen Monaten infolge des Verschwindens ihres Sohnes dahinsiebt. Vor einigen Tagen gelangte nun eine Anfrage eines unserer in Flandern tätigen Pioniere an den Uhrmacher Soltwedel in Mölln, ob eine silberne Taschenuhr, die bei einem schon stark in Verwesung übergegangenem deutschen Soldaten gefunden und von ihm in Verwahrung genommen worden sei, von ihm, Soltwedel, verkauft werden sei und an wen. Die betreffende Uhr zeigte auf dem Innendeckel die Firma: Soltwedel, Uhrmacher in Mölln und die Fabriknummer 12 705. Herr Soltwedel konnte als gewissenhafter Geschäftsmann nach langem Suchen aus seinen Büchern feststellen, daß er eine silberne Uhr mit obiger Firma und der angegebenen Nummer im Jahre 1895, also vor 20 Jahren an den Arbeiter Meins in Fuhlenhagen für dessen Sohn verkauft hatte. Nunmehr konnten die harrenden Eltern sicher benachrichtigt werden, daß ihr Sohn bereits vor Monaten den Heldentod in fremder Erde gefunden habe.

† Der erste deutsch empfindende Monarch. Der erste bewußt deutsch empfindende Monarch war der Vater Friedrichs des Großen, König Friedrich Wilhelm I. von Preußen. Sein Wahlspruch war: „Ich will nicht französisch sein; ich bin gut deutsch!“ Und das war viel zu einer Zeit, da man an allen andern deutschen Höfen französische Sprache und Sitte pflegte, da selbst der kleinste Duodezfürst sich ein Miniatur-Verailles schuf. Dem Preußenkönig aber waren die „Bist- und Schelmfranzosen“ mit ihren „Quinten“ und ihren „französischen Winden“ ein Abscheu. Um seinen Berlinern die französische Mode zu verleiden, ließ er seine Profosie, die Scharfrichter, in französische Kleider stecken, freilich nicht in zierliche, sondern in möglichst karierte: grüne Röcke mit Aufschlägen, gelbe Westen und Strümpfe, dazu Riesenhüte und Riesenhaarbretel. Auf dem Theater ließ er zur Verhöhnung Frankreichs 1724

das Stück spielen: „Der anfangs hitzige und großsprechende, zuletzt mit Schlägen abgefertigte Marquis“. Und in seinem Berlinisch sagte er einmal: „Ich ein Franzose sein, das tut mich leid, kann die Kerls kaum ansehen. Spude immer aus, sooft einen sehe.“ Auf die Engländer, die „hoffärtigen Leute über den trosten Wassertraben“ war er ebenso schlecht zu sprechen. Mit seinem Schwager Georg II. hätte er sich seinmal einmalduelliert. Und der österreichische Gesandte am preussischen Hofe, Graf Seckendorff, der des Königs Vertrauen genoß, schrieb am 30. November 1728 an der Bringen Eugen die von weiser Voraussicht zeugenden Worte: „Der König ist sehr gegen die englische Nation piquiert und foutentiert (argwöhnt) nicht ohne Grund, daß selbige durch ihre Seemacht das Commerceum (Handel) von ganz Europa an sich nehmen wolle.“ — Keilsen nach England, selbst zu theologischen Studien bei den Erzbischöfen von Canterbury und York, verbot der König: „Ich kann Sie nicht erlauben, Ihre Söhne... den Sünden der Welt zu überlassen, weil in England keine Orthodogie in der Religion statuiert wird und es ein Sündenland ist.“

Gerichtssaal.

+ 255 000 Mark Geldstrafe wegen Wehrsteuerhinterziehung. Vor der Strafkammer II des Landgerichts Frankenthal (Pfalz) hatte sich am Dienstag der Fabrikdirektor und königlich bayerische Kommerzienrat Jean Ganz aus Frankenthal wegen sehr umfangreicher Wehrsteuerhinterziehungen zu verantworten. Dem Angeklagten wurde zur Last gelegt, trotz Kenntnis der Unrichtigkeit seiner Aufstellungen in seiner Vermögenserklärung vom 28. Januar 1914 sein Vermögen auf 737 265 Mark beziffert zu haben, während sein wehrbeitragspflichtiges Vermögen 1 819 464 Mark betrug; ferner in seiner Steuererklärung vom 22. Oktober 1913, berichtigt durch die Erklärung vom 28. Januar 1914, sein Einkommen auf 80 347 Mark jährlich beziffert zu haben, während sein wehrbeitragspflichtiges Einkommen 163 205 Mark betrug, so daß sich der Wehrbeitrag nach den Angaben des Angeklagten auf 6159 Mark, in Wirklichkeit aber auf 18 909 Mark stellt. Es war also ein gefährdeter Betrag von 12 750 Mark gegeben. Das Urteil lautete auf Zahlung einer Geldstrafe von 255 000 Mark. Das Gericht erkannte damit auf die Höchststrafe, die den zwanzigfachen Betrag der gefährdeten Summe vorsieht. — Ganz ist Direktor der Schnellpressenfabrik Frankenthal A.-G. Er hat vor kurzem sein Amt als Handelsminister niedergelegt.

Aus Stadt und Land.

**** Kriegsspenden der Tabak-Industrie.** Das Komitee der Deutschen Vereine vom Roten Kreuz hatte im März d. J. gemeinsam mit dem Reichsrat der Deutschen Tabakberufsgenossenschaft, Kommerzienrat Leonhardt von Minden einen Aufruf an die deutsche Tabakindustrie erlassen, zwecks Stiftung freiwilliger Spenden von Tabak und Tabakfabrikaten für die gesamte deutsche Armee und Marine. Das Ergebnis der Sammlung war hoch erfreulich. Es wurden von 1020 Firmen gestiftet: Zigarren 4 199 050 Stück, Zigaretten 1672 Kilo, Schnupftabak 227 Kilo, 5800 Dosen. Die Gaben sind zum größten Teil bereits an die Abnahmestellen für freiwillige Spenden am St. stellvertretenden Generalkommando teilt worden.

**** Die Cholera in Moskau.** Laut der „Bremja“ sind aus Moskau sehr schlimme Nachrichten über die Ausbreitung der Cholera eingetroffen. 80 an Cholera Gestorbenen sind Frauen.

**** Ein Ausbruch des Vesuvus bevorstehend?** „Daily News“ meldet in einem Telegramm aus Neapel, daß man kühnlich einen Ausbruch des Vesuvus erwartet. Der Krater wirft starke Lavaströmung aus, begleitet von unterirdischem Donner. Die Bevölkerung der benachbarten Orte ist von einer Panik ergriffen.

**** Explosion in einer Londoner Pulverfabrik.** Freitag früh 9 Uhr fanden zwei äußerst heftige Explosionen in der Pulverfabrik zu Hounslow bei London statt. Weniger starke Explosionen folgten. Es erhoben sich mächtige Rauchsäulen. Der Umfang des Schadens ist nicht bekannt.

**** Eine Ruffenteile im Berliner Zeughaus.** Der russischen Waffens, eine Keule, ist jetzt in der Ruffenhalle des Zeughauses ausgestellt worden. Die Keule ist ein Ruffen bei einem Ueberrumpelungsversuch am Morgen des 19. Mai d. J. in den Schützengraben bei Lucern in Galizien abgenommen. Die etwa 80 Zentimeter lange, einen Durchmesser von 15 Zentimeter weisende Keule ist aus Lärchenholz hergestellt. Der Teil hat noch die Rinde, während diese bei der Keulenhälfte abgeschält ist. Ein dünner Lederriemen am unteren Ende wird durch das Handgelenk des Kämpfers geschlungen.

Kaffee Orient : Unter den Eichen : Wiesbaden

Täglich:  **KONZERT** der Neuen Künstler-Kapelle  unter Leitung des Kapellmeisters Tscherny.

Täglich zwei Konzerte.

Mittags- und Abendtisch von 1.50 an.

Reichhaltige Speisekarte

Bekanntmachung.

Auszug

aus der Verordnung des Kreisaußschusses des Landkreises Wiesbaden vom 12. März 1915. § 5.

Nur wer im Geltungsbereich dieser Verordnung polizeilich gemeldet ist, hat Anspruch auf die Brotkarte.

Jedem Haushaltungsvorstande werden so viel Wochenanweise (Brotkarten) zugewiesen, wie die Haushaltung Mitglieder hat.

Für Neuanziehende werden die Wochenanweise um die verfloßenen Tage gekürzt. Die Zuteilung an diese erfolgt von dem Tage ab, an dem sie polizeilich gemeldet werden.

Für Fortziehende gilt der Wochenanweis nur bis zu dem Tage, an dem sie fortziehen. Sie müssen den Anweis vor dem Abzuge an den Gemeindevorstand zurückgeben.

Die Haushaltungsvorstände haben Änderungen im Personenstande ihres Haushaltes unverzüglich bei dem Gemeindevorstand zu melden.

Der Haushaltungsvorstand ist verpflichtet, den von ihm nicht unterhaltenen Haushaltungsmitgliedern auf deren Verlangen ihre Brotkarten auszuhandigen.

15.

Bei Zuwiderhandlungen gegen diese Verordnung finden die §§ 44 und 52 der Bundesratsverordnung vom 25. Januar 1915 Anwendung.

Diese lauten:

§ 44. Wer den Anordnungen zuwiderhandelt, die ein Kommunalverband oder eine Gemeinde, der die Regelung ihres Verbrauches übertragen ist, zur Durchführung dieser Maßnahmen erlassen hat, wird mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 1500 Mark bestraft.

§ 52. Die zuständige Behörde kann Geschäfte schließen, deren Inhaber oder Betriebsleiter sich in der Befolgung der Pflichten unzuverlässig zeigen, die ihnen durch diese Verordnung oder die dazu erlassenen Ausführungsbestimmungen auferlegt sind. Gegen die Verfügung ist Beschwerde zulässig; sie hat keine aufschiebende Wirkung. Ueber die Beschwerde entscheidet die obere Verwaltungsbehörde endgültig.

Wird erneut veröffentlicht.

Bierstadt, den 3. Juli 1915.

Der Bürgermeister: Hofmann.

Bekanntmachung.

Gefunden wurden 2 Schlüssel und hier abgegeben. Dieselben können hier von dem rechtmäßigen Besitzer in Empfang genommen werden.

Bierstadt, den 10. Juli 1915.

Der Bürgermeister: Hofmann.

Bekanntmachung.

Die Landwirte werden unter Hinweis auf die dem Nachwuchs unseres Rugwides durch frei umherlaufende Hunde drohende Gefahren gebeten, ihre Hunde nicht mit ins Feld zu nehmen, oder wenigstens dafür zu sorgen, daß dieselben stets unter Aufsicht stehen und nicht im Feld und Wald herumwildein.

Es darf erwartet werden, daß sich Jeder den in der Zeitzeit auch zu den patriotischen Pflichten gehörenden Maßnahmen unterzieht und dieselben befolgt.

Bierstadt, den 8. Juli 1915.

Die Polizeiverwaltung: Hofmann.

Bekanntmachung.

Ein armes Mädchen verlor hier ein Täschchen mit 15 Mark Inhalt.

Der redliche Finder wird gebeten, das Täschchen mit Inhalt hier abzugeben.

Bierstadt, den 10. Juli 1915.

Der Bürgermeister: Hofmann.

Bekanntmachung.

Die Hauseigentümer oder ihre Stellvertreter sind verpflichtet, bei einem Angriff feindlicher Luftfahrzeuge die Haustüren nicht zu verschließen und falls sie verschlossen sind, sofort zu öffnen, um den im Freien sich aufhaltenden Personen die Möglichkeit zu geben, in Häusern Schutz zu suchen.

Bierstadt, den 7. Juli 1915.

Der Bürgermeister: Hofmann.

Bekanntmachung.

Die unter dem 14. Mai 1915 erlassene Anordnung über die Festlegung aller in Sonnenberg und Bierstadt vorhandenen Hunde wird auf Antrag des zuständigen Kreisverwaltungsamtes mit dem heutigen Tage aufgehoben.

Bierstadt, den 9. Juli 1915.

Der Bürgermeister: Hofmann.

Keine Fleischteuerung

Gutes Mittagessen à Person 15 bis 20

Man nehme etwas Suppengrün und neues Gemüse, wie es die Jahreszeit bietet, zerschneide alles so fein wie möglich, koche es in ungesalzenem Wasser mit einem Zusatz von Person einen gehäuften Teelöffel (20 bis 25 Gramm) Öl oder Extrakt, Kartoffeln und nach Geschmack auch etwas Fett zusammen zugedeckt in einem Topf eine halbe Stunde. Die Kartoffel- und Gemüsebrühe erhält dann den Ochsena-Extrakt den Geschmack und Nährwert der wirklichen, kräftigen Fleischsuppe, und die nicht zerhackten Teile der Kartoffeln haben Geschmack und Aussehen Fleischstücken angenommen.

Ochsena ist zu beziehen durch die meisten Detail-Geschäfte in Dosen à 1 Pfund netto Mk. 2.—

à 1/2 „ 1.10

Mohr & Co., G. m. b. H., Altona a.

Haus- und Grundbesitzer-Verein Bierstadt.

Telef. 6016 Geschäftsstelle: Blumenstr. 2a. Tel.

Zu vermieten sind Wohnungen

von 1-5 Zimmer im Preise von 100-850 Mk.

Zu verkaufen

sind verschiedene Villen, Geschäfts- und Wohnhäuser, Baupläne und Grundstücke in allen Preislagen.

Die Geschäftsstelle.

! Achtung !

Kaufe und hole ab:

Lumpen,

der Kilo 7 Bg.

Strickwollumpen p. Kilo 1 Mt.

Metall zu höchstem Preise.

Emil Hartwig I.,

Althändler

Bierstadt, Vordergasse 1.

1 Viertel

Scheune

zu vermieten. 499

Bierstadt, Hintergasse Nr. 2.

Wohnung

3 Zimmer und Küche

Wasser u. Gas auf 1. Etage

oder später zu vermieten.

Wilhelm Klotz, Bierstadt

Privatstraße

2 Acker (Schön)

Korn

zu verkaufen.

Sudw. Brühl, Bierstadt

Saalbau „Zum Adler“

zu verkaufen.

zu verkaufen.